



Presseinformation

Berlin, den 27. September 2021

Schlechte Noten für Investitionsstandort Umfrage: Knapp die Hälfte der Familienunternehmen mit Standortbedingungen unzufrieden – Pläne für Vermögensteuer verunsichern

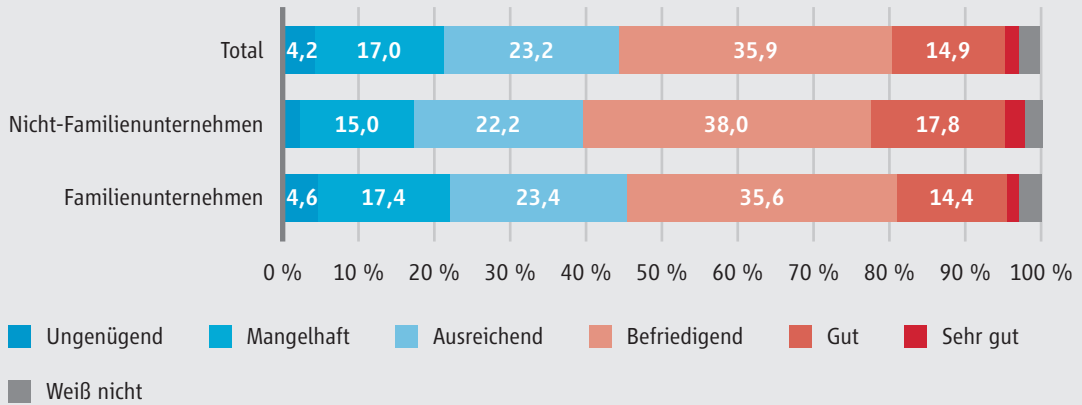
Die nächste Bundesregierung steht aus Sicht der Familienunternehmen vor großen Herausforderungen. Denn das Vertrauen in den Standort Deutschland schwindet. Fast die Hälfte der Familienunternehmen in Deutschland beurteilt die Investitionsbedingungen in Deutschland als schlecht. Das hat eine repräsentative Umfrage mit 1500 teilnehmenden Unternehmen ergeben, die vom ifo Institut im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen in den Wochen vor der Bundestagswahl erhoben worden ist. Befragt, welche Schulnote die Unternehmen für die Investitionsbedingungen vergeben würden, erteilten 45 Prozent der Unternehmen die Noten vier, fünf und sechs. Nur 16 Prozent der Unternehmen erteilten die Noten eins und zwei. Ein Drittel der Befragten hält die Bedingungen für befriedigend. „Diesen Befund muss die nächste Bundesregierung ernst nehmen“, sagte Prof. Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik. „Deutschland ist im Wettbewerb mit ausländischen Standorten stark zurückgefallen. Diese Entwicklung muss die nächste Bundesregierung drehen. Die Diskussion über Steuererhöhungen verunsichert die Familienunternehmen. Jetzt geht es darum, Vertrauen zu schaffen. Dazu müssen die Pläne für Steuererhöhungen vom Tisch“, sagte Kirchdörfer.

Mehr als drei Viertel der Familienunternehmen (78,5 Prozent) halten Steuererhöhungen laut der Befragung für den falschen Weg. Die Familienunternehmen sehen aber die Notwendigkeit für Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten. Aus ihrer Sicht sind Subventionsabbau und ein begrenztes Wachstum der öffentlichen Haushalte der beste Weg zur Konsolidierung. Falls die Vermögensteuer eingeführt würde, erwarten drei Viertel der Unternehmen, dass sich die Investitionsbedingungen verschlechtern. In diesem Fall würden rund 60 Prozent der Familienunternehmen ihre Investitionen kürzen oder sogar ganz einstellen.

Positiv für die Wettbewerbsfähigkeit wäre laut Befragung der Abbau der Bürokratie – 80 Prozent der befragten Familienunternehmen halten das für richtig. Rund 80 Prozent der befragten Familienunternehmen sehen in der Flexibilisierung der Arbeitszeitgesetze einen geeigneten Beitrag. Die Abschaffung der EEG-Umlage befürworten fast zwei Drittel der Unternehmen. Ähnlich groß ist das Votum für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. 86 Prozent der Unternehmen sprechen sich außerdem für eine Erhöhung der staatlichen Investitionen aus.

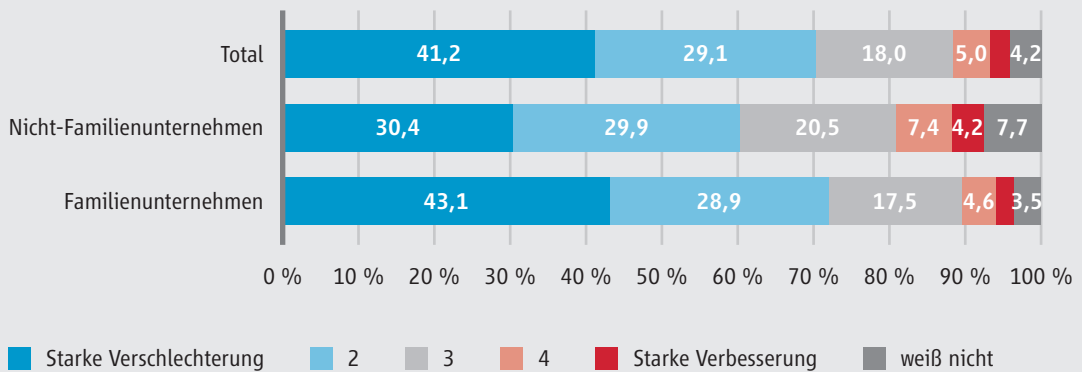


Beurteilung der aktuellen Investitionsbedingungen in Deutschland



© Stiftung Familienunternehmen

Effekt einer Vermögensteuer/-abgabe auf die Investitionsbedingungen



© Stiftung Familienunternehmen

» Download der Abbildungen

Weitere Informationen:

Roland Pichler
Leiter Haus des Familienunternehmens
Stiftung Familienunternehmen und Politik
Pariser Platz 6A
10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 / 22 60 529 15
Fax: +49 (0) 30 / 22 60 529 29
Mobil: +49 (0) 151 / 644 116 37
pichler@familienunternehmen-politik.de
www.familienunternehmen-politik.de